

KOMMUNALER VERSORGUNGSVERBAND SACHSEN-ANHALT

KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS MIT SITZ IN MAGDEBURG

Heilpraktikerleistungen

Sind Leistungen von Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern beihilfefähig?

Aufwendungen für Leistungen von Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern sind gemäß § 6 Abs. 5 Satz 4 Bundesbeihilfeverordnung (BBhV) grundsätzlich beihilfefähig, wenn sie wirtschaftlich angemessen sind. Leistungen sind wirtschaftlich angemessen, wenn sie die Höchstbeträge nach Anlage 2 zu § 6 Abs. 5 Satz 4 BBhV nicht übersteigen.

Nicht beihilfefähig sind Aufwendungen von Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern für Leistungen, die sie grundsätzlich nicht durchführen dürfen (z. B. das Ausstellen von Dienstunfähigkeitsbescheinigungen).

2. Sind von Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern verordnete Arznei- und Verbandmittel beihilfefähig?

Aufwendungen für von Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern verordnete Arznei- und Verbandmittel, Teststreifen und Medizinprodukte sind nicht beihilfefähig.

Aufwendungen für von Heilpraktikerinnen und Heilpraktikern während einer Behandlung verbrauchte Arzneiund Verbandmittel, Teststreifen und Medizinprodukte sind nach Maßgabe des § 22 Abs. 1 bis 4 BBhV beihilfefähig.

3. Wo erhalte ich weitere Informationen zu Heilpraktikerleistungen?

Zahlreiche Heilpraktikerverbände haben sich verpflichtet, beihilfeberechtigten Personen auf Nachfrage im Einzelfall mindestens eine Heilpraktikerin oder einen Heilpraktiker im Einzugsgebiet ihres Wohnortes zu benennen, die oder der die Behandlung zu den in Anlage 2 zu § 6 BBhV aufgeführten Honoraren durchführt.

Für Fragen stehen wir Ihnen unter den bekannten Kontaktmöglichkeiten zur Verfügung.

Antragsformulare und Informationen zum Beihilferecht finden Sie unter anderem auf unserer Internetseite:

www.kvsa-magdeburg.de/beihilfe

Kommunaler Versorgungsverband Sachsen-Anhalt - Beihilfeumlagekasse -

Allgemeiner Hinweis: Aufbau und Inhalt des Merkblattes orientiert sich an den einschlägigen Merkblättern und veröffentlichten Informationen des Bundesverwaltungsamtes [BVA-Merkblätter (bund.de)] unter Berücksichtigung der in Sachsen-Anhalt einschlägigen landesrechtlichen Regelungen.